

Favoriten im P arlament

Auf ein gutes Jahr 2011!

Liebe Leserinnen und Leser, ich möchte diese letzte Ausgabe von „Favoriten im Parlament“ im Jahr 2010 als Anlass nehmen, mich nochmals sehr herzlich für euren großen Einsatz in diesem intensiven Wahljahr zu bedanken. Gleichzeitig möchte ich euch ein paar ruhige Tage über den Jahreswechsel wünschen und ich hoffe, ihr könnt sie so verbringen, wie ihr euch das vorstellt: in Gesellschaft mit lieben Menschen oder in Besinnlichkeit, vielleicht mit Spaß und Festen oder ganz alleine weit weg - oder auch eingeeigelt daheim.

Wir alle werden in den nächsten Tagen Kraft für neue Herausforderungen tanken können – sei es für berufliche oder private Vorhaben, sei es für die Umsetzung von politischen Visionen oder einfach Energie, um die eigenen Vorsätze für das neue Jahr auch wirklich umsetzen zu können.

Ich hoffe, dass ich euch mit „Favoriten im Parlament“ einen kleinen Einblick in meine Visionen und in deren – leider oft langwierige – Umsetzung geben kann. Ich freue mich sehr über Anregungen und neue Ideen, wie die kleine Zeitschrift besser, informativer oder effizienter gestaltet werden kann, ebenso über Informationen, welche Themen euch wichtig wären, sie in die Politik auf Bundesebene einzubringen.

Für alle, die noch nicht wissen, wie sie mich am besten erreichen: telefonisch unter 01 53427-310

oder in dringenden Fällen unter 0664 32 55 726 (oder meine Mitarbeiterin im Büro im Parlament unter 01 40110-3685, dort bitte auch auf den Anrufbeantworter sprechen) und per email unter petra.bayr@spw.at

Ich hoffe auf eine gute Zusammenarbeit im neuen Jahr und viele gemeinsame und konstruktive Projekte nicht nur 2011, sondern weit darüber hinaus. Die kommenden beiden Jahre ganz ohne "große" Wahlen können wir gut nutzen, um Kräfte



zu sammeln, neue Visionen zu formulieren und konkrete Pläne für deren Umsetzung zu schmieden.

Ich freue mich auf diese gemeinsamen Herausforderungen! Alles Gute, viel Gesundheit und Glück wünscht euch

Eure Petra „Penny“ Bayr

Favoriten im Parlament



Das Budget 2011 - 2014

Das wichtigste innenpolitische Thema der letzten beiden Monate war das Budget, das oft hitzige Diskussionen ausgelöst hat. Dabei wurde oft vergessen, dass damit endlich auch wichtige sozialdemokratische Forderungen durchgesetzt wurden, wie eine Bankensteuer, gerechtere Stiftungsbesteuerung und die Beibehaltung der Hacklerregelung bis 2014.

Weil es rund ums Budget auch viele Falschmeldungen gibt, die die Bevölkerung verunsichern (die Pflegeleistungen z.B. werden nicht gekürzt, sondern nur der Anstieg leicht gebremst), möchte ich hier zur Klarstellung die wichtigsten Punkte des neuen Budgets darstellen.

Zwei Drittel der Budgetsanierung tragen Banken, Konzerne, Stiftungen und Spekulanten bei

Die Budgetkonsolidierung 2011-2014 ist ein Mix aus Einsparungen der Ministerien und neuen Einnahmen. Für Österreich hat die SPÖ erreicht, dass zwei Drittel der 7,067 Mrd. Euro der neuen Einnahmen aus sozial gerechten neuen Steuern kommen. Trotz mancher Einsparungen, die die ÖVP unbedingt wollte, bleibt unser soziales Netz intakt.

Krise erfolgreich bekämpft - Die Regierung hat auf die Wirtschaftskrise richtig reagiert: mit Konjunktur- und Arbeitsmarktpaketen ist es gelungen, dass Österreich nach der Krise heute besser dasteht als die meisten anderen Länder. Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Beschäftigung steigt. Jetzt geht es darum, mit gesunden Staatsfinanzen Spielraum für die Zukunft zu schaffen.

Einnahmenseitige Maßnahmen

Die SPÖ konnte bei den einnahmenseitigen Maßnahmen mehr soziale Gerechtigkeit durchsetzen. Zwei Drittel der neuen Einnahmen beruhen

auf Vorschlägen der SPÖ. Das Ziel der SPÖ war dabei, jene in die Pflicht zu nehmen, die die Krise mitverursacht haben. Somit zahlen Banken, Spekulanten, Stiftungen und Vermögende einen gerechten Beitrag zum Budget. Im Zuge der künftigen Steuerreform, die im Regierungsprogramm vereinbart ist, wird die SPÖ besonders auf die **Einführung einer Vermögenssteuer für Millionäre** drängen!

Die **Bankenabgabe bringt 2 Mrd. Euro** (bis 2014) - Die Bankenabgabe trifft die Richtigen: Banken, Spekulanten und Vermögende zahlen einen wesentlichen Beitrag zum Budget. Die Bankenabgabe ist dabei eine logische Konsequenz aus der Krise. **Dass die Bankenabgabe auf die Kunden abgewälzt wird, stimmt nicht.** Zahlreiche Experten, darunter Ewald Nowotny, Gouverneur der Österreichischen Nationalbank, bestätigen das. Die Konsumentenschützer der Arbeiterkammer werden ein Auge darauf haben, dass die Bankenabgabe nicht auf die Kunden abgewälzt wird. Gebühren und etwaige Zusatzbelastungen für Kunden werden genau im Auge behalten. Im Falle von Unregelmäßigkeiten oder Preisabsprachen werden rechtliche Schritte eingeleitet. Bereits 2002 wurden Banken aufgrund von Preisabsprachen mit Millionenbeiträgen zur Kasse gebeten. Im Wettbewerb kann es sich keine Bank leisten, teurer als die Konkurrenz zu sein.

Die **Vermögenszuwachssteuer** bringt 430 Mio. Euro (bis 2014) - Die Spekulationsfrist bei Aktiengewinnen wird endlich beseitigt. Damit können Aktien nicht mehr steuerfrei veräußert werden. Erfassung ab 01.01.2011, Besteuerung bei den Fonds ab 01.07.2011, alle anderen Wertpapiere ab 01.10.2011.

Die Änderung **Stiftungsbesteuerung** bringt 310 Mio. Euro (bis 2014) - Der Zwischensteuersatz wird von 2,5 Prozent auf 25 Prozent angehoben. Immobiliengewinne müssen künftig versteuert werden.

Favoriten im Parlament



Die Änderung der **Konzernbesteuerung** bringt 600 Mio. Euro (bis 2014) - Finanzierungszinsen bei Kauf von Konzerntöchtern sind nicht mehr absetzbar. Diese praktisch kostenlose Finanzierung für Konzerngruppen wurde abgeschafft!

Anhebung der **Mineralölsteuer** - Zwar setzte die ÖVP eine Erhöhung der Mineralölsteuer durch. Andere empfindliche Belastungen, wie sie die ÖVP etwa bei der Mehrwertsteuer wollte, konnten aber erfolgreich abgewehrt werden. Für die SPÖ war und ist klar, dass Massensteuern die Falschen treffen würden!

Die Mineralölsteuer (MÖSt) auf Benzin wird um 4 Cent pro Liter, jene auf Diesel um 5 Cent pro Liter erhöht. Es wird keine zusätzliche Belastung bei Heizöl geben! Um zusätzliche Belastungen für Pendler zu vermeiden, werden die Mittel für das Pendlerpauschale und den Pendlerzuschuss um 30 Mio. Euro pro Jahr erhöht.

Die Anhebung der **Tabaksteuer** um bis zu 20 Cent pro Packung bringt 2011 um 100 Mio. Euro, ab 2012 um 150 Mio. Euro mehr pro Jahr.

Die Einführung einer **Flugticketabgabe** bringt 2011 60 Mio. Euro, 2012 bis 2014 jährlich 90 Mio. Euro. Sie ist an das deutsche Modell angelehnt und *ich persönlich würde mir eine Zweckwidmung dieser neuen Einnahme für die Entwicklungspolitik wünschen.*

Erhöhung der **Normverbrauchsabgabe** (NOVA) für Neuwagen mit einem hohen Schadstoffausstoß (180g). **Das trifft vor allem Käufer von "schweren" Luxusautos** und bringt 160 Mio. Euro bis 2014.

Ausgabenseitige Maßnahmen

Pflegegeld: 7-Stufen System bleibt erhalten - Angesichts des großen Bedarfs der Betroffenen werden im Pflegegeldsystem nur sehr behutsame Änderungen vorgenommen. Es wird keinen Eingriff in bestehende Fälle geben. Das -7 Stufen-System

bleibt bestehen, und die Einsparungen werden insgesamt weniger als ein Prozent der Systemausgaben - 2011 rund 20 Mio. Euro - betragen. **Niemandem, der Pflegegeld bezieht, wird etwas weggenommen!** Die Zugangskriterien für die Pflegestufe 1 und 2 werden bei Neuanträgen moderat angepasst. Dies ist wegen der relativ geringen Inanspruchnahme professioneller Dienste durch die Betroffenen medizinisch vertretbar. In der Pflegestufe 6, wo der Pflegeaufwand besonders hoch ist, wird das Pflegegeld sogar angehoben.

Teuerungsausgleich für kleine und mittlere Pensionen - Die Pensionserhöhung für 2011 garantiert durch die Inflationsabgeltung von 1,2 Prozent für Bruttobezüge bis 2.000 Euro, dass die Kaufkraft der kleinen und mittleren Pensionen erhalten bleibt.

Hacklerregelung - kein Auslaufen vor 2014. Wie von der SPÖ versprochen, wird es kein Auslaufen der Hacklerregelung vor 2014 geben. Laut Regierungsprogramm soll eine leistbare Neuregelung der Langzeitversichertenregelung ein abruptes Ende 2014 vermeiden.

Weiterhin umfassende Unterstützung für Familien - Österreich liegt bei den monetären Familienleistungen im europäischen Spitzenfeld und ist nach wie vor eines der Länder, das im internationalen Vergleich am längsten Familienbeihilfe auszahlt.

Ich hoffe, ich konnte Euch mit diesen Eckpunkten zeigen, dass die SPÖ für eine gerechte Budgetsanierung gesorgt hat!

Mehr Infos zum aktuellen Budget gibt es auch in einem eigenen Folder, der in der Bezirksorganisation aufliegt.

Favoriten im Parlament

Überparteiliche parlamentarische Initiative gegen Gewalt

Am 25. November, dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, riefen die Mitglieder der AWEPA Sektion Österreich dazu auf, die weltweite Kampagne der UNO zur Beendigung von Genitalverstümmelung zu unterstützen. Die AWEPA ist die Gruppe "Europäischer ParlamentarierInnen mit Afrika", die sich darum bemüht, die Parlamente Afrikas durch Zusammenarbeit mit europäischen Parlamenten zu stärken.

In Afrika sind täglich Tausende von Frauen und Mädchen physischer und/oder psychischer Gewalt ausgesetzt. Oft fehlen die Möglichkeiten, diese anzuzeigen, weil die dafür notwendigen gesetzlichen und institutionellen Vorkehrungen und Einrichtungen fehlen, oder weil dies negative Auswirkungen für sie innerhalb ihrer Gemeinschaft hätte und sie ihre ökonomische und soziale Absicherung verlieren würden.



Die AWEPA Sektion Österreich präsentiert ihre Forderungen am Tag gegen Gewalt an Frauen

Die Abgeordneten der AWEPA Sektion im österreichischen Parlament fordern deshalb verstärkte Maßnahmen und Aktionen im Kampf gegen FGM und Gewalt an Frauen und Mädchen - besonders in Afrika. Die bereits bestehenden UN-Resolutionen zu diesem Thema müssen von allen Parlamenten beschlossen werden und nationale

Solange es Gewalt gegen Frauen gibt, kann kein echter Fortschritt in Bezug auf Entwicklung, Gleichheit und Frieden gemacht werden. Weltweit sind zwischen 100 und 140 Millionen Mädchen und Frauen von Genitalverstümmelung betroffen. In allen Ländern dieser Welt leiden Frauen und Mädchen an Gewalt, im öffentlichen oder privaten Bereich, in Friedens- oder Konfliktzeiten. In jedem Fall stellen alle diese Formen von Gewalt eine grobe Menschenrechtsverletzung und gleichzeitig ein massives Hindernis für das notwendige Erreichen der Gleichstellung der Geschlechter auf allen Ebenen und in allen Bereichen dar.

Aktionspläne zu deren Umsetzung unverzüglich erarbeitet und umgesetzt werden.

Es geht besonders darum, dass Frauen die wichtigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Prozesse mitgestalten können. Der Schutz von Frauen und Mädchen gegenüber Gewalt muss effektiv ausgebaut werden.

Dazu braucht es auch verstärkte Aufklärungsarbeit und Bewusstseinsbildung innerhalb der Parlamente und ganz allgemein in der Bevölkerung. Außerdem muss die strafrechtliche Verfolgung von Gewalttätern garantiert werden.